



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

13. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) *)

30. Oktober 1996

Wasserschloß Wittringen

14.45 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenograph: Wolfgang Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite:

- 3 **Aktuelle Viertelstunde**
**Bericht der Landesregierung über die Nordrhein-Westfalen
betreffenden Ermittlungen im jüngst aufgedeckten bundes-
weiten Giftmüllskandal**

1

(Beantragt von den Fraktionen der CDU, der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin für
Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entgegen
und führt darüber eine Diskussion

*) Öffentlicher Teil s. APR 12/377

Seite:

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997
(Haushaltsgesetz 1997)**

3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390
Vorlage 12/860

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Die Beratungen über die Anträge zu den Haushaltsplänen Drucksachen 12/1200 und 12/1390 und Vorlage 12/860 erfolgen in der Ausschußsitzung am 27. November 1996.

5 Lokale Agenda 21 - Umsetzung in Nordrhein-Westfalen

3

Der Ausschuß nimmt Berichte der Landesregierung entgegen und führt darüber eine Diskussion.

**6 Die Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) auf
Bundesebene und die Haltung der Landesregierung**

8

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entgegen und führt darüber eine Diskussion.

Seite:

7 Dioxin in Duisburg

10

Dioxinimmissionen in Duisburg-Warheim und Maßnahmen zur
Minderung von Dioxinemissionen an benachbarten Industrieanlagen

Vorlage 12/891

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin für
Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entgegen.

Die von Herrn Stump genannten Orte ließen sich alle auf Balde zurückführen. Es seien sozusagen alles nachgeordneten Firmen der Firma in Balde. Deshalb reduziere sich das auch auf einen Fall.

Der andere Punkt sei die Lizenzerteilung. In der Tat sei insoweit auch eine bestimmte Kontrollfunktion wahrzunehmen. Das müsse man auch bei einem freiwilligen Modell überlegen, weil dann die Wirtschaft von dem Lizenzmodell erheblich abrücken würde.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) meint, es wäre eine Menge zu sagen, insbesondere zu den Erfolgen der langjährigen Abfallpolitik der SPD, die zu einem Rückgang von Sonderabfall geführt habe. Im übrigen wolle er auf weitere Ausführungen dazu verzichten.

4 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997
(Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390
Vorlage 12/860

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Keine Diskussion.

5 **Lokale Agenda 21 - Umsetzung in Nordrhein-Westfalen**

Bärbel Höhn (Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) schlägt vor, den schriftlich vorliegenden Bericht zu verteilen. Anmerken wolle sie jedoch, daß dies eine Folge der Konferenz von Rio sei, daß die Kommunen gehalten seien, bis Ende dieses Jahres ihre Konzepte vorzulegen. Das Gros der Kommunen habe das nicht geschafft. In anderen Ländern sehe es noch schlechter aus als in der Bundesrepublik. In Kanada habe keine der Kommunen etwas gemacht, in Nordkorea nur neun von über 180 Gebietskörperschaften.